

Neu-köllnisch **DIE LINKE.PDS**

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Der Aufklärung werden Bomben folgen

Anfang April habe ich eine Einladung von Verteidigungsminister Franz Josef Jung ausgeschlagen, an der Verabschiedung deutscher Tornado-Kampfflugzeuge nach Afghanistan teilzunehmen. Ich möchte mich nicht an einem Akt beteiligen, den ich als verfassungs- und völkerrechtswidrig beurteile. Stattdessen erwarte ich mit Spannung die mündliche Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts über die Klage der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Unabhängig von der Entscheidung der Verfassungsrichter verstrickt der Tornado-Einsatz Deutschland noch tiefer in den Krieg in Afghanistan. Gerade die Entsendung der Kampffjets und der weitere Einsatz des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan machen Deutschland zur Krieg führenden Partei. Die deutschen Soldaten in Afghanistan werden von der Bevölkerung immer stärker als Besatzungstruppe wahrgenommen. Das wird auch durch den Hinweis nicht ausgeglichen, dass es sich bei den Tornados „nur“ um Aufklärungsflugzeuge handle. Der Aufklärung durch die Tornados werden Bomben folgen.

Wolfgang Gehrcke ist Sprecher für Internationale Beziehungen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

DIE LINKE kommt!

Nach den Dortmunder Parteitag:
Linkspartei.PDS und WASG
stimmen über die Bildung einer neuen
gesamtdeutschen Linken ab.
Mehr auf Seite 4

Bundeswehr raus aus Afghanistan

DIE LINKE sagt Nein zum Krieg am Hindukusch

Deutschland wird immer tiefer in den Krieg am Hindukusch hineingezogen. Anfang April hat die Bundeswehr sechs Tornado-Kampfflugzeuge nach Afghanistan verlegt. Mit Luftaufnahmen sollen die Recce-Tornados die Operationen der Verbündeten unterstützen. Nur ein „Aufklärungseinsatz“, wie Verteidigungsminister Franz Josef Jung immer wieder betont?

In Afghanistan vermischen sich zunehmend zwei formal getrennte Operationen. Bislang hat sich die Bundeswehr vor allem an „Aufbauarbeiten“ im Rahmen der International Security Assistance Force (ISAF) im Norden Afghanistans beteiligt. Der ISAF-Einsatz wurde vom UN-Sicherheitsrat zur Unterstützung des neuen Regimes nach dem Sturz der Taliban beschlossen und wird inzwischen von der NATO geführt.

Die Luftaufnahmen der Recce-Tornados sollen aber auch bei Einsätzen im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF) im stark umkämpften Süden des Landes Verwendung finden. OEF bezeichnet den Anti-Terror-Krieg einer „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA. Er begann im Jahr 2001 mit Bombenangriffen auf Ziele des Taliban-Regimes, das von den USA verdächtigt wurde, die Terroristen des 11. September ausgebildet zu haben. Durch die Vermischung von ISAF und OEF beim Tornado-Einsatz könnte es mit dem Image Deutschlands als „Aufbauhelfer“ bald vorbei sein.

Ohnehin stellt sich die Frage nach dem Sinn des militärischen Engagements. Nach mehr als fünf Jahren ist die Bilanz in friedens- und entwicklungspolitischer Sicht katastrophal.

„Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 300 US-Dollar pro Jahr, die Analphabetenquote unter Frauen bei 90 Prozent. Mütter- und Kindersterblichkeit liegen auf dem weltweit



Volksvertreter gegen das Volk: 77 Prozent der Bevölkerung sprechen sich laut einer Forsa-Umfrage gegen die Entsendung deutscher Tornados nach Afghanistan aus. Doch der Bundestag stimmt dem Einsatz mit deutlicher Mehrheit zu – nur DIE LINKE sagt geschlossen NEIN. Foto: Archiv

höchsten Niveau, die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 42 Jahre“, berichtet Heike Hänsel (DIE LINKE).

„Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“, hatte der damalige Verteidigungsminister Peter Struck zu Beginn des Afghanistankriegs gesagt. „Das ist Unsinn“, entgegnet Islam-Experte Peter Scholl-Latour. Spätestens seit 2003 lägen der Bundesregierung Berichte der deutschen Kommandeure am Hindukusch vor: „Die Lage ist verzweifelt, die Anschläge nehmen zu. Wenn es zu einem Aufstand der Stämme gegen die internationalen Truppen kommt, sind die deutschen Soldaten verloren“, glaubt der 83jährige Bestsellerautor.

DIE LINKE bleibt deshalb dabei: Die Bundeswehr muss aus Afghanistan abgezogen werden.

BVV mit Knalleffekt

Bericht von der BVV vom 28. März

Das Bewag-Kraftwerk Rudow wird nun endlich abgerissen, aber wie? Das beauftragte Abrissunternehmen hat, entgegen seiner Zusage, die Kraftwerksruine Stück für Stück abzutragen, eine Firma mit der Sprengung beauftragt. Es flogen Metallteile durch die Luft und ein Bürger wurde verletzt.

Die SPD forderte daher eine eindeutige Positionierung aller Verordneten, nachdem auch Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky von der explosiven Situation in Rudow berichtet hatte. Diese Entschließung wurde von allen vertretenen Parteien einstimmig unterstützt.

Es gab bisher missglückte zwei Sprengungen in Rudow. Die Trümmer flogen bis zu 450 Meter weit, wobei es in der Umgebung reichlich Glasbruch und Fassadenrisse in den Einfamilienhäusern gab. Es grenzt schon an ein Wunder, dass es lediglich nur einen Verletzten gab! Jetzt ist die Ruine so instabil, dass sie umfangreich gestützt werden muss und droht in den Teltowkanal zu stürzen. Die erforderliche dritte Sprengung wird dadurch erheblich erschwert.



Das Bezirksamt wurde nach der zweiten Sprengung vom LAGetSi (Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit) telefonisch über die beiden Sprengungen und über die Notwendigkeit einer dritten Sprengung, die Mitte April stattfinden soll, informiert. Die Anwohner in weitem Umkreis sollen bei der Aktion evakuiert werden.

Die BVV hat einstimmig beschlossen, dass der Senat aufgefordert wird, diesen mangelnden Informationsfluss unverzüglich abzu-

stellen und auch (straf-)rechtliche Konsequenzen gegenüber den Verantwortlichen der beiden Firmen gefordert.

Es kann nicht sein, dass die Verwaltung einer Großstadt, wie Neukölln es nun einmal ist, nicht in Kenntnis gesetzt und, vor allen Dingen, dass so stümperhaft gearbeitet wird und Menschenleben gefährdet werden.

Stefan Grätz

Tag des offenen Flugfeldes

Bürgerinitiative fordert flugfreien Tag für Ortsbegehung

Die Bürgerinitiative für die Nachnutzung des Flughafens Tempelhofs (NANU THF) kämpft um einen flugfreien Tag, um die Begehung des Flugfeldes zu ermöglichen. Dabei liegt das Hauptaugenmerk der BI nicht auf der Einstellung des Flugbetriebes, sondern auf der Möglichkeit, die Weite der Fläche sinnlich und konkret erleben zu können.

Die Organisation dieses Tages, möglichst am Wochenende, um allen Bürgern das Erlebnis zu ermöglichen, könnte bei Wiederholung abwechselnd einer der angrenzenden Bezirke übernehmen. Dazu sollte an geeigneter Stelle in den drei Bezirken der Zaun geöffnet werden, um ein Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Stadtteilen und dem Flughafen entstehen

zu lassen. Die Bezirke werden aufgerufen, dieses Anliegen sowohl logistisch als auch durch Information der Bürger zu unterstützen.

„Die Menschheit musste zuerst ins Weltall, um überhaupt die Größe und Schönheit der Erde, aber auch ihre bewahrenswerte Einmaligkeit zu erkennen“, erklärte Thomas Maier, Sprecher der Bürgerinitiative. Genau so gehe es den Menschen mit dem Flughafen Tempelhof. Erst wer es begehen kann und damit sinnlich erleben, kann sich wirklich fundierte Gedanken zur Nachnutzung machen. Abgesehen davon brauche man dafür keine Rakete, sondern nur einen Bolzenschneider und den notwendigen politischen Willen, so Maier weiter.

Die Bürgerinitiative trifft sich regelmäßig jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat. Das nächste Treffen ist am 11. April um 19 Uhr im Café Prinz, Fontanestraße 32. Kontakt: Thomas Maier, Tel.: 030/ 621 4063, 0160 – 9491 3669 presse@flughafennutzung.de

Die unendliche Geschichte

Bestand der Hörberatungsstelle Neukölln weiter ungeklärt

Der Senat von Berlin hat am 27. März noch keine Entscheidung zum Standort der Hörberatungsstelle für Berlin getroffen. Die gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktionen des Abgeordnetenhauses und Staatssekretär Benjamin Hoff (Linkspartei) haben in der letzten Märzwoche beide Hörberatungsstellen, in Neukölln und Friedrichshain, nochmals aufgesucht, um sich ein Bild beider Einrichtungen zu machen. Ziel sei es, eine einvernehmliche Regelung zu finden.

Es besteht also noch Hoffnung, denn unsere Beratungsstelle in Neukölln erfüllt alle Voraussetzungen für eine optimale Betreuung der Betroffenen, besonders aber der von Kleinkindern. Der öffentliche Protest Neuköllns hat also etwas bewirkt und wir kämpfen.

Sylvia Stelz
Mitglied im Gesundheitsausschuss

Raus aus den Negativ-Schlagzeilen

AG Migration/Integration stellt sich vor

Mehr als zwanzig Prozent der Bürger in Neukölln haben einen Migrationshintergrund. Daher ist es für uns selbstverständlich, dass Integration ein Schwerpunkt der politischen Arbeit der Linkspartei im Bezirk ist.

Integration heißt für uns nicht Anpassung, sondern Gleichberechtigung und Teilhabe. Dazu gehört der gleichberechtigte Zugang zu Bildung und Ausbildung genauso wie zum Arbeitsmarkt. Migranten müssen die Möglichkeit haben, sich ein zu bringen, ob in der Politik ob kulturell.

Bei der Frage von Integration gerät Neukölln immer wieder mit Negativ-Schlagzeilen in die Medien, zum Beispiel wenn es um kriminelle Jugendliche geht, oder um die Situation an den Schulen. Doch gibt es auch positives aus Neukölln zu berichten. Viele Migranten organisieren sich hier in Vereinen, arbeiten in ihrem Kiez, um etwas zu verändern.

Wir wollen in unserer Arbeitsgemeinschaft dem negativen Bild von Neukölln etwas entgegen setzen und zugleich beherzt uns der Probleme im Bezirk annehmen. Sie benennen, ihre Ursachen klar stellen, und Lösungswege finden. Dabei suchen wir auch den Kontakt zu verschiedenen Organisationen, Quartiersmanagements und Vereinen.

Wir brauchen klar formulierte Ziele für die Politik in Neukölln um daraus Maßnahmen zu entwickeln. Dabei wollen wir in der AG Integration unseren Beitrag leisten.

Kontakt: Martin Orfaly

Menschen zählen mehr als Patente

Pharmakonzerne und Regierungen forcieren Schutz des geistigen Eigentums

Kanzlerin Merkel behauptet, die Staats- und Regierungschefs der acht mächtigsten Industrieländer würden ihren Gipfel im Juni in Heiligendamm nutzen, um den Kampf gegen Aids in Afrika zu unterstützen. Tatsächlich sind die G8-Staaten Vorreiter im Kampf um die Profite der Pharmakonzerne, die weltweit jede Woche rund 560 Millionen Dollar mit dem Verkauf von AIDS-Medikamenten bzw. von Lizenzen auf entsprechende Patente kassieren.



Gipfel hinter Gittern: Bauarbeiten in Heiligendamm

In den Ländern südlich der Sahara leben über 25 Millionen HIV-infizierte Menschen. Allein in Südafrika ist jeder Neunte betroffen. Das liegt zum Teil daran, dass das südafrikanische Gesundheitswesen in den Apartheid-Jahren unterentwickelt wurde. Schwarzen fehlt es bis heute an Arztpraxen, Kliniken, Ärzten und medizinischem Personal.

Vor allem aber sind die Medikamente aus den Labors der Pharma-Multis für die meisten Südafrikaner unbezahlbar. Deshalb beschloss die südafrikanische Regierung 1997 ein neues Arzneimittelgesetz, das die Herstellung und den Import billiger Nachahmungsprodukte im Bereich der Medizin erlaubt hätte.

Daraufhin haben 39 internationale Pharma-Multis auf Patentverletzung geklagt und so verhindert, dass das Gesetz umgesetzt werden konnte. Der Gerichtsprozess dauerte mehrere Jahre.

Unterstützt wurden sie dabei von den G8-Regierungen, die sich auch in diesem Jahr wieder dem Thema „geistiges Eigentum“, also dem Schutz von Patenten auf Medikamente, Saatgut und ähnliches widmen werden. Doch hatte sich 2001 eine breite Massenbewegung gegen die G8 und ihre Pharmakonzerne organisiert: „Tausende demonstrierten den ganzen Tag wie eine dichte Mauer vor dem Gerichtsgebäude in Pretoria“, schreibt ein Augenzeuge. „Sie schickten Abordnungen bis nach Johannesburg, vor die Verkaufsbüros der Pharma-Multis, und ließen so in den beiden wichtigsten Städten des Landes ihre Plakate und Spruchbänder sehen.“

Immerhin entschied das Gericht gegen die Pharmaindustrie. Die Preise für Aids-Medikamente sanken daraufhin um 99 Prozent.

Doch die Pharmakonzerne und ihren Regierungen sind Profite wichtiger als Menschenleben: Bei den WTO-Verhandlungen zum TRIPS-Abkommen 2005 setzten sie durch, dass alle neuen Medikamente unter den Patentschutz fallen.

Die Menschen in Südafrika haben gezeigt, dass Massenproteste die Macht der Konzerne stoppen können. Daran können wir anknüpfen, wenn wir im Juni in Heiligendamm gegen die G8 und ihre Konzerne demonstrieren.

Irmgard Wurdack, G8-AG

Vorsicht Falle!

Wie Erwerbslose abgezockt werden

Seinen Job zu verlieren, ist schon schlimm genug, aber im Dschungel der so genannten Sozialgesetzbücher (sozial-???) lauern doch einige Fallen! An Steuergeschenke für Beserverdienende und Großkonzerne hat man sich schon lange gewöhnt. Aus diesem Grund fehlen auch finanziellen Mittel für öffentliche Aufgaben. Also bedient man sich derer, die keine Lobby haben und das sind nun mal die Mitmenschen, die wenig besitzen und deshalb arg gebeutelt sind.

In die erste Falle tappen bereits viele Menschen, die noch nicht einmal erwerbslos sind. Sie melden sich nicht fristgerecht bei der Agentur für Arbeit oder beim Jobcenter.

Nur eine einzige Woche, ab dem Erhalt des Kündigungsschreibens, hat der künftige ‚Kunde‘ der größten Bundesbehörde Zeit, sich in die Mühlen der Bürokratie zu begeben. Wird das versäumt, fängt er sich die erste Sanktion ein. Die schon knapp bemessene Bezugsdauer des ALG-I wird gekürzt, oder das zu beziehende ALG-II um 30 Prozent für drei Monate gesenkt. Immerhin ein Viertel der rund 500.000 verhängten Leistungskürzungen beruhen auf einer zu späten Meldung bei der Behörde.

Unser Rat bei Kürzungen sofort Widerspruch einlegen und, falls die Existenz bedroht ist, umgehend zum Sozialgericht gehen und entsprechende Klage einreichen. Noch ist die Klage kostenlos, aber die rot-schwarze Regierung arbeitet dran!

Weitere Fallen lauern, wenn sich der Betroffene, nach Meinung des Amtes nicht intensiv genug bewirbt. Da wird einfach gekürzt, wobei die Ermessensspielräume groß sind. Einem Sachbearbeiter genügen zwei Bewerbungen im Monat, dem anderen sind fünfzehn noch zu wenig. Auch die Ablehnung einer sogenannten „zumutbaren Beschäftigung“, zumeist eine MAE (Mehraufwandentschädigung, oder auch 1-Euro-Job) kann gewaltig auf die Füße fallen. Da wird schnell die Leistung um 30 Prozent gekürzt. Die Kürzung bleibt auch bestehen, wenn der Erwerbslose seine Meinung revidiert und die angebotene Beschäftigung doch noch antritt. Schwierig wird es, wenn ein Bearbeiter sich auf einen Kunden „einschießt“. Bei einer zweiten Sanktion sind es bereits 60 Prozent und bei der Dritten 100 Prozent Kürzung der Leistung, incl. Streichung der kompletten Kosten der Unterkunft.

Stefan Grätz, AK ErwiN

Rat und Hilfe erhalten Sie auch bei:

AK ErwiN (Erwerbslosen-Initiative Neukölln) Erwerbslosenfrühstück jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 11-14 Uhr, Arbeitstreffen jeden 2. und 4. Monat ab 17 Uhr Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel.: 61 35 919

Von Neukölln nach Heiligendamm

Linkspartei.PDS und WASG wollen so viele Menschen wie möglich nach Heiligendamm bringen. Die gemeinsame Neuköllner Arbeitsgruppe G8 hat Busfahrkarten, verteilt Flugblätter, bereitet Veranstaltungen mit vor und stellt Referenten. Jeder kann mitmachen. Die G8-AG trifft sich jeden zweiten Donnerstag, so am 26. April, 10. und 24. Mai um 19 Uhr in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS am Richardplatz 16.

Infos gibt es bei Irmgard, Telefon: 0178/851 28 71, E-Mail: irmgard_wurdack@gmx.de

Homepage der bundesweiten Kampagne: www.gipfelproteste-dielinke.de

Die neue Linke kommt

Wenn diese Zeitung erscheint, laufen in Linkspartei.PDS und WASG die Urabstimmungen, die das Ergebnis der Dortmunder Parteitage vom 24./25. März bestätigen sollen: Die neue Linke kommt. Dafür stimmten 96 Prozent bei der Linkspartei.PDS und 88 Prozent bei der WASG.

In der Westfalenhalle war das Selbstbewusstsein zu spüren, mit dem die neue Linke ab Juni wohl antreten wird. „Jetzt-geht's-los“-Rufe unterbrachen den WASG-Parteitag, als das Ergebnis bekannt gegeben wurde, bei der Linkspartei.PDS sang man die Internationale.

Die neue Linke wäre nach SPD und CDU bundesweit die drittstärkste Partei, aber ihr Potential wäre noch größer. Viele Redner betonten, dass zwei Drittel der Abgeordneten für den Tornado-Einsatz in Afghanistan und die Rente mit 67 gestimmt haben, obwohl drei Viertel der Bevölkerung diese Entscheidungen ablehnen.

Die Linksfraktion ist die einzige parlamentarische Kraft, die dieser Stimmung Ausdruck gibt. Entsprechend groß war die Zustimmung für Linkspartei.PDS und WASG beispielsweise auf den Kundgebungen der Gewerkschaften gegen die Rente mit 67.

WASG-Vorstand Klaus Ernst berichtete: „Langsam gelingt es uns auch, die Gewerk-

schaften aus der Umklammerung durch die SPD zu lösen. Der DGB in München hat SPD-Redner für den 1. Mai eingeladen, die für die Rente mit 67 gestimmt hatten.“

Diesen Widerstand gegen die große Koalition wird die neue Linke mit der Vision einer anderen Gesellschaft verbinden. „Wir halten die allseitige Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, das Patriarchat und rassistische Unterdrückung nicht für die endgültige Antwort der Geschichte“, rief Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS.

Die neue Linke wird ihr Profil weiter entwickeln. Über UN-Kriegseinsätze und Regierungsbeteiligungen haben die Delegierten beispielsweise lange debattiert. Für eine neue Partei werden für manch alte Angebote von Linkspartei.PDS und WASG neue Ideen gebraucht.

Der erste Parteitag der neuen Linken und die letzten Parteitage von Linkspartei.PDS sowie WASG finden am 15. und 16. Juni statt – und zwar bei uns in Neukölln. Hier können unsere Mitglieder und Freunde zusammen mit Delegierten aus dem Bundesgebiet die neue Linke feiern. Mitglied werden kann man übrigens schon jetzt.

Jan Maas,

WASG und Linkspartei.PDS

Termine der Linke.PDS

Bezirksvorstand

13. und 27. April, 17 Uhr

Mitgliederversammlung

27. April, 19 Uhr

Junge Linke

11. und 25. April, 18 Uhr

B.O.N.N.

10. April, 19 Uhr

Redaktion

17. April, 18 Uhr

AG Bildung

19. April, 18.30 Uhr

Projekt G8

12. und 26. April, 19 Uhr

AK ErwiN

17. April, 11-14 Uhr

Erwerbslosenfrühstück

10. und 24. April, 17 Uhr

Arbeitstreffen

Alle Veranstaltungen finden in der GS am Richardplatz 16 statt.

Galerie Olga Benario

Galerie Olga Benario
Richardstraße 104, 12043 Berlin
www.galerie-olga-benario.de

Ausstellungseröffnung

19. April, 19.30 Uhr

„Die Tänzerin, Bildhauerin
und Nazigegegnerin“

mit Geertje Andresen, Autorin der Biografie
von Oda Schottmüller

Vorankündigung

28.06. bis 30.08.07
ergänzende Ausstellung
zur „Roten Kapelle“

Geburtstage

Wir gratulieren
recht herzlich im April:

Güluzar Baba
Hartmut Kraski
Christian Posselt
Heinz Schugowski
Jan Vahlenkamp
Irmgard Wurdack

IMPRESSUM

›Neu-köllnisch‹ erscheint 10x im Jahr.

Herausgeber: Linke.PDS Berlin,

Auflage dieser Ausgabe: 1.500

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Geschäftsstelle Neukölln, Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 6 13 59 19

Redaktionsschluss: 6. April 2006

*Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen
nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!*

DIE LINKE.

Eintrittserklärung

Ich möchte Mitglied in der Linkspartei werden. Mit einem kostenlosen Probeabonnement der Mitgliederzeitschrift „Disput“ bin ich einverstanden.

Name: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Beruf: _____

Wohnanschrift: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ort, Datum

Unterschrift

Diesen Coupon einfach ausfüllen und per Post an:
Linkspartei Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin.
Oder per Fax an: 030 / 61 35 919, Danke!